

Fraktion DIE LINKE  
Ratsgruppe BUNT  
Ratsgruppe GUT  
Freie Wähler Köln

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 08.03.2018

**AN/0393/2018**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	20.03.2018

**Kalkberg als Hubschrauberstation endgültig aufgeben!**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Antragstellenden bitten Sie um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung:

Seit Monaten schiebt die Verwaltung immer wieder ihre Vorlage zum Kalkberg und dokumentiert damit ihre Ratlosigkeit. Die Idee, diese Station auf einer Gifthalde mitten in einem Wohngebiet zu bauen, hat sich als untauglich erwiesen.

Für die schnelle Versorgung schwer verletzter Menschen ist eine Hubschrauberbetriebsstation jedoch unerlässlich. Deswegen sind wir als Stadt in der Pflicht, einen Beitrag zur Realisierung zu leisten.

Die Antragsteller hatten im Dezember 2017 in einem gemeinsamen Änderungsantrag zur Vorlage „Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs“ ein endgültiges Aus für die Hubschrauberstation auf dem Kalkberg gefordert. Nachdem die Vorlage mehrfach durch die Verwaltung geschoben wurde, könnte nun durch Zurückziehen der Vorlage durch die Verwaltung auch der Änderungsantrag wegfallen. Aus diesem Grund beantragen wir:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Realisierung der Hubschrauberstation auf dem Kalkberg wird nicht weiter verfolgt. Die Halde wird stabilisiert und als Aussichtspunkt ausgebaut.
2. Ein externer Gutachter prüft nicht nur Kurtekotten, Merheim und Flughafen, sondern weitere potentielle Standorte für den Hangar in Köln und Umgebung. In die Prüfung ist auch das neue Parkhaus auf dem Messegelände aufzunehmen.

3. Die „Übergangslösung“ Flughafen bleibt bis zur Inbetriebnahme einer neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen.

Begründung:

Die Gesundheit der Bevölkerung in Kalk und Buchforst muss endlich Priorität erhalten. Mit einer endgültigen Aufgabe der Hubschrauberstation wird die Bevölkerung vor Lärm- und Staubimmissionen geschützt.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Überprüfung der drei bereits geprüften Standorte stellt eine unnötige Einschränkung dar. Stattdessen sollte eine wirklich ergebnisoffene Prüfung von Alternativstandorten durchgeführt werden. Es ist dabei zu beachten, dass der intensivmedizinische Hubschrauber bereits von Anfang an am Flughafen stationiert war. Es handelt sich hier also keineswegs um eine Übergangslösung, der Flughafen hat seine Eignung für eine dauerhafte Stationierung dieses Hubschraubers bereits unter Beweis gestellt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Michael Weisenstein  
Fraktionsgeschäftsführer  
DIE LINKE

gez.  
Thomas Hegenbarth  
Ratsgruppe  
BUNT

gez.  
Tobias Scholz  
Ratsgruppe  
GUT

gez.  
Walter Wortmann  
Einzelmandatsträger  
Freie Wähler Köln